



[Diesen Artikel drucken](#) | [Dieses Fenster schließen](#)

Steinbrück befeuert Streit um Abgeordneten-Transparenz

Dienstag, 30. Oktober 2012, 15:44 Uhr

Berlin (Reuters) - Der designierte SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück befeuert mit der Offenlegung seiner millionenschweren Nebenverdienste die Debatte um schärfere Transparenz-Richtlinien für Bundestagsabgeordnete.

Der SPD-Spitzenkandidat bestätigte am Dienstag in Berlin, 1,25 Millionen Euro an Vortragshonoraren in den Jahren 2009 bis 2012 verdient zu haben. Die regierungsunabhängigen Organisationen Transparency International, Lobbycontrol und Abgeordnetenwatch forderten die genaue Veröffentlichung der Nebeneinkünfte aller Bundestagsabgeordneten. SPD, Grüne und Linke appellierten an Schwarz-Gelb, den Weg für eine Offenlegung der Nebeneinkünfte auf Heller und Pfennig freizumachen. Während die Union ablehnend reagierte, kam von der FDP zunächst gar keine Stellungnahme.

"Von allen Bundestagsabgeordneten sind es insbesondere Politiker von Union und FDP, die als Aufsichtsratsmitglied oder Berater enge Verbindungen zu Unternehmen haben und sich diese gut bezahlen lassen", erklärte Abgeordnetenwatch-Mitbegründer Gregor Hackmack. Edda Müller von Transparency International sagte Reuters-TV, nur durch die genaue Angabe von Honoraren und Auftraggebern könnten Interessenskonflikte festgestellt werden. "Jetzt ist die Gelegenheit für die Regierungskoalition zu zeigen, ob es ihr mit ihren Rufen nach Transparenz ernst ist", erklärte Lobbycontrol-Geschäftsführer Ulrich Müller. Alle drei begrüßten den Vorstoß von Steinbrück.

Dieser wies Vorwürfe aus den Reihen von Union und FDP zurück, er hätte sich mit seinen Reden vor Vertretern von Finanzinstituten von diesen abhängig machen können. Die politische Kontrahenten wollten Zweifel an seiner Integrität säen. Die Anschuldigungen würden von Parteien erhoben, die sich weigerten, die UN-Richtlinien gegen Abgeordneten-Bestechung umzusetzen.

"Mit meiner Veröffentlichung möchte ich ein Beispiel geben, das jetzt andere Parteien im Deutschen Bundestag aufnehmen sollten", sagte der Kanzlerkandidat. Die Transparenzrichtlinien sollten deutlich verschärft werden. "Nachdem einige versuchten, mir einen Stein an den Kopf zu werfen mit Blick auf eine mangelnde Transparenz, trage ich jetzt gerne dazu bei, dass aus diesem Stein ein Bumerang wird, der an den eigenen Kopf zurückfliegt", erklärte Steinbrück.

UNION FINDET ZEHN-STUFEN-REGELUNG AUSREICHEND

Während die FDP zunächst nicht Stellung nehmen wollte, erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Michael Grosse-Brömer (CDU), die Koalition habe vergangene Woche gewährleistet, dass alle Abgeordneten Klarheit über mögliche Abhängigkeiten schafften. Das von der Koalition gegen den Widerstand der Bundestagsopposition beschlossene System sieht vor, dass Abgeordnete ihre Nebeneinkünfte in zehn Stufen ab 1000 Euro bis 250.000 Euro offenlegen müssen.

Die regierungsunabhängigen Organisationen monieren, dass bei diesem Zehn-Stufen-System wesentliche Teile der Einkünfte verborgen bleiben können. Abgeordnetenwatch führte den CDU-Abgeordneten Heinz Riesenhuber als Beispiel an. Nach dem Zehn-Punkte-System würde demnach rund ein Drittel der Nebeneinkünfte des Ex-Ministers nicht öffentlich werden. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier

erklärte ähnlich wie Grünen- und Linken-Politiker: "Es wäre gut, wenn die Damen und Herren von Union und FDP mit uns mehr Transparenz auf Euro und Cent für alle Abgeordneten herstellen wollten."

Steinbrück wehrte sich auch gegen Vorhaltungen, durch die Vorträge sein politisches Mandat vernachlässigt zu haben. Er räumte aber ein, in den Jahren 2009 und 2010 an sieben namentlichen Abstimmungen im Bundestag nicht teilgenommen zu haben. Vergangenes Jahr sei er an zwei Sitzungstagen nicht anwesend gewesen. Zu Berichten, Bundestagspräsident Norbert Lammert habe ihn wegen der Abwesenheiten gerügt, erklärte er, er könne sich nicht daran erinnern. "Aber ich würde, wenn das der Fall gewesen wäre, den Bundestagspräsidenten bitten, dass er aus persönlichen Gesprächen - aus Vieraugengesprächen mit mir - nicht in einem journalistischen Hintergrundgespräch Auskunft gibt." Lammert ließ mitteilen, er habe sich nicht zum Fall Steinbrück geäußert.

Nach einer von den Wirtschaftsprüfern Warth&Klein Grant Thornton erstellten Untersuchung hielt Steinbrück 2009 sechs Vorträge, 2010 waren es 41, 2011 dann 32. Für dieses Jahr führte der SPD-Politiker zehn Reden auf. Das Standard-Honorar habe 15.000 Euro betragen. Das höchste Honorar bekam er im November 2011 für eine Rede vor Vertretern der Stadtwerke Bochum mit 25.000 Euro. Der SPD-Politiker erklärte, er könne nicht sagen, warum dies so gewesen sei.

Steinbrück betonte, auch Honorare gespendet zu haben. Zudem habe er viele Reden vor karitativen Organisationen unentgeltlich gehalten. Er räumte auch ein, es versäumt zu haben, zwei der bezahlten Reden der Bundestagsverwaltung zu melden. In diesem Jahr müsse er noch zwei weitere Reden halten, da dies seinerzeit vertraglich vereinbart worden sei und ihm andernfalls eine Konventionalstrafe drohe. Ob die Bezahlung seiner Reden angemessen sei, könne er nicht beurteilen, sagte Steinbrück. "Gemessen an den Honoraren anderer Politiker bewege ich mich ziemlich genau im Durchschnitt."

Reuters 2012. Alle Rechte vorbehalten. Jede weitere Veröffentlichung oder Verbreitung von Reuters-Daten, etwa durch Framing oder ähnliche Methoden, ist ohne die vorherige schriftliche Zustimmung von Reuters ausdrücklich verboten. Reuters und das Reuters-Logo mit der Sphäre sind eingetragene Warenzeichen oder Warenzeichen der Reuters Group of Companies weltweit.

Reuters-Journalisten sind dem Redaktionshandbuch von Reuters (Reuters Editorial Handbook) verpflichtet, das eine faire Darstellung und Offenlegung relevanter Themen vorschreibt.